

BAM



Das Magazin der
Arbeitnehmerkammer
Bremen



Wir wählen

Was die Bremer Politik für Beschäftigte tun will

Wohnen in Bremerhaven

Vom Problemquartier
zum Hoffungsprojekt

Tarifflicht

Einzelhandel drückt
die Löhne

Eine Frage der Generation

Junge Menschen und
ihr Blick auf die Arbeitswelt

Galerie der Arbeitswelt
Seite 16

Tipps für die Umstellung auf Sommerzeit
Seite 10

Mieterhöhung – und nun?
Seite 11



Inhalt

THEMEN

- 6** *Schwerpunkt*
Wir wählen
Was die Bremer Politik für Beschäftigte tun will
- 14** **Vom Problemquartier zum Hoffungsprojekt**
Wohnen in Bremerhaven
- 18** **Einzelhandel drückt die Löhne**
Tarifflicht
- 20** **Eine Frage der Generation**
Junge Arbeitswelt

**BAM
im Abo?**
➔ bam@arbeitnehmerkammer.de

Aktuelle politische Inhalte und Service-Informationen von uns finden Sie auf **Twitter** (@ANK_HB), **facebook** (Arbeitnehmerkammer Bremen), **YouTube** und **Xing**.



SERVICE & BERATUNG

- 10** **Arbeit & Gesundheit**
Die Uhr rückt vor – Tipps für die Umstellung auf Sommerzeit
- 11** **Fragen & Antworten**
Mieterhöhung – und nun?
- 22** **Alles, was Recht ist**
Rechts- und Steuertipps / Rechtsirrtum: Ich darf als Minijobber nicht mehr als 450 Euro im Monat verdienen.
- 23** **Drei Fragen**
Steuererklärung selbst gemacht

IN JEDEM HEFT

- 3** **Editorial**
- 4** **Die Bremer Arbeitswelt in Zahlen**
Zahl der Ausbildungsplätze schrumpft weiter
- 5** **Kurz gemeldet**
- 12** **Tipps & Termine**
- 13** **Veranstaltungskalender**
- 16** **Galerie der Arbeitswelt**
Der Orchestermusiker
- 22** **Impressum**
- 23** **Cartoon**
- 24** **Beratungsangebote & Öffnungszeiten**

#first7jobs

Unter dem Twitter-Hashtag #first7jobs erfährt man endlich, wie Karrieren gestartet wurden. Kellner? Babysitter? Oder doch eher Marketing-Hase in der Fußgängerzone? Wir wollten wissen, wie prominente Bremerinnen und Bremer ihre Berufslaufbahn begonnen haben.

Fast ihr ganzes Leben lang macht sie schon Musik – ob mit Querflöte, Saxofon oder Gesang. **Frauke Wilhelm** arbeitet als Moderatorin und Musikerin in Bremen. Die Diplom-Kulturpädagogin bringt seit über 20 Jahren Bremer Geschichte(n) in verschiedenen Showprojekten auf die Bühne. So richtig in ihrem Element ist sie, wenn sie als Ramona Ariola mit Songs und Rotlichtgeschichten in die Hafenkaschemmen der wilden 50er und 60er abtaucht und das „Golden City“ aufleben lässt – mittlerweile am Lankenauer Höft. Dort will sie in diesem Jahr das „360-Grad-Heimatliebe“-Sommerfestival auf die Beine stellen und versucht zurzeit, auch die Fans mit einer Crowdfundingkampagne an der Finanzierung zu beteiligen (www.startnext.de/goldencity-sommerfestival).

- ▶ Lehrerin für Querflöte
- ▶ Sonntagshelferin im evangelischen Hospital Lilienthal
- ▶ Bandmusikerin
- ▶ Bandbookerin
- ▶ Moderatorin
- ▶ Managerin für Stadtkulturprojekte
- ▶ Wirtin der Golden City Hafensbar (alias Ramona Ariola)



Foto: Jan Meier

Frauke Wilhelm

EDITORIAL

Tarifflicht aufhalten

Peter Kruse
Präsident der
Arbeiterkammer
Bremen



Liebe Leserin, lieber Leser,

wie sieht es in Ihrem Betrieb aus – sind Schichtzuschläge, Urlaubsgeld und Arbeitszeiten nach Tarif geregelt? Und wird auch nach Tarif bezahlt? Die Wahrscheinlichkeit, dass das so ist, wird immer geringer. Inzwischen sind im Land Bremen nur noch 20 Prozent der Betriebe tarifgebunden. Das wiederum bedeutet, dass 46 Prozent der Beschäftigten ohne tarifliche Regelungen arbeiten. Vor gut zehn Jahren waren es lediglich 33 Prozent.

Was das zur Folge hat, bekommen wir in unserer Rechtsberatung deutlich zu spüren: Die Menschen sind verunsichert über die geltenden Regelungen im Betrieb, müssen Arbeitsverträge selbst aushandeln. Das Ergebnis: Häufig gibt es Streit und Auseinandersetzungen. Zwar freut es uns, wenn wir die Kolleginnen und Kollegen bei uns dann beraten können – mit rund 47.100 Arbeitsrechtsberatungen haben wir das 2018 so häufig getan wie nie zuvor. Gleichzeitig beobachten wir mit großer Sorge, was die Folgen der wachsenden Tarifflicht von Unternehmen für unsere Mitglieder bedeuten: schlechte Bezahlung, Nichteinhalten von Schichtplänen, unbezahlte Überstunden – um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Ein besonders drastisches Beispiel bietet derzeit die Supermarktkette Real, über die wir in der vorliegenden Ausgabe berichten. Warum Tarifflicht gerade für die meist weiblichen Beschäftigten im Einzelhandel fatale Folgen hat, machen Zahlen deutlich: In nicht tarifgebundenen Betrieben verdienen Beschäftigte bis zu 30 Prozent weniger. In einer Branche wie dem Einzelhandel, mit ohnehin niedrigen Löhnen und oft nur Teilzeitstellen, heißt das für viele Frauen: Trotz Arbeit lässt sich der Lebensunterhalt nicht bestreiten.

Solange sich die Unternehmen weiterhin aus der Tarifbindung verabschieden, muss Politik die gesetzlichen Rahmen verändern: Es muss leichter werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle Beschäftigten in dieser Branche gelten. Es darf nicht sein, dass sich eine Branche wie der Einzelhandel zu einer Niedriglohnbranche entwickelt.

Ihr Peter Kruse

Kontakt: ➔ bam@arbeiterkammer.de

Zahl der Ausbildungsplätze schrumpft weiter

Entgegen dem Bundestrend ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge 2018 erneut zurückgegangen. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bleibt weiter ungünstig für junge Bremerinnen und Bremer



Gemeldet bei der Agentur für Arbeit*

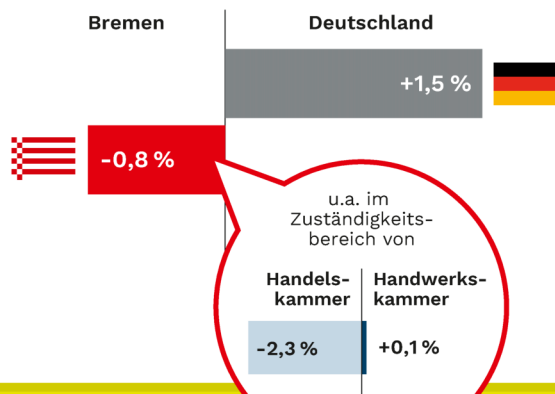
4.716
Bewerberinnen und Bewerber



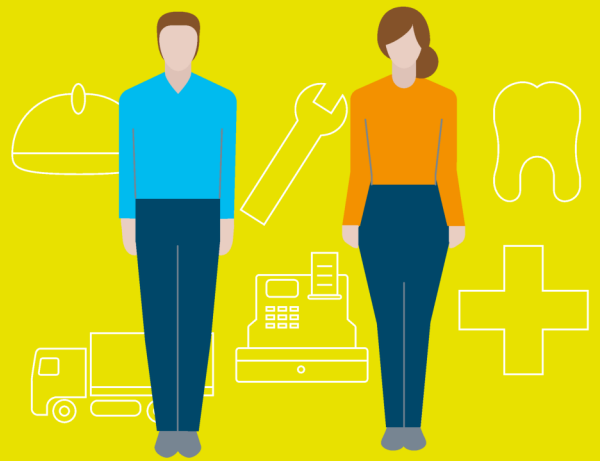
Ausbildungsplatz gefunden: **2.038**
43%

* Die Beratungs- und Vermittlungsdienstleistungen der Agentur für Arbeit sind freiwillig. Jugendliche, die sich auf eigene Faust bewerben oder im Umland wohnen, werden hier nicht erfasst.

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge



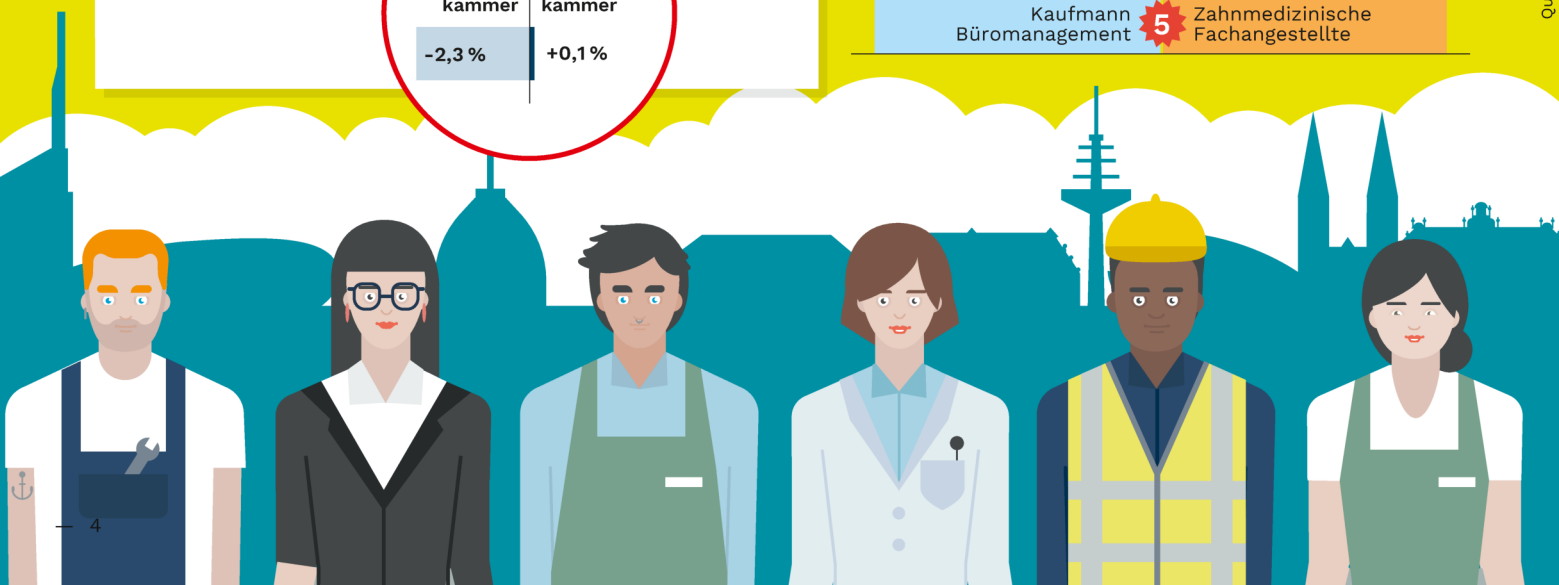
Beliebteste Ausbildungsberufe



Männer Frauen



Quellen: Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB), Agentur für Arbeit



Kurz gemeldet

Altenpflege: Bessere Ausbildungsbedingungen

Höhere Vergütungen, eine Pauschale für Fahrt- und Lernmittelkosten und mehr Urlaubstage – die Tarifgemeinschaft Pflege Bremen und die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Verdi haben gemeinsam den Tarifvertrag über die Ausbildungsbedingungen in der Altenpflege verbessert. Der Tarifgemeinschaft Pflege Bremen gehören 16 Pflegeanbieter an.

Beratung bei Problemen in der Ausbildung läuft weiter

Die Mitarbeiter von „Bleib dran!“ bieten Auszubildenden und Auszubildenden in Bremen und Bremerhaven Unterstützung bei der positiven Bewältigung von Ausbildungskonflikten an. Das können Probleme im Betrieb, in der Schule oder im Privatbereich sein. Ausbildungsabbrüche sollen vermieden und die Ausbildungsverhältnisse stabilisiert werden. In der Beratung werden gemeinsam mit den Ratsuchenden Konflikte geklärt und Lösungen erarbeitet. Die Beratung ist kostenlos, neutral und vertraulich.

„Bleib dran!“ war bislang immer wieder befristet finanziert, die Senatorin für Kinder und Bildung und die Arbeitnehmerkammer sichern die Beratungsstelle nun dauerhaft ab.

Kontakt

- ▶ ☎ 0421.2 18 56 70 8, Bremen
 - ▶ ☎ 0471.9 22 35 48, Bremerhaven
- www.uni-bremen.de/zap/zap-coaching/ausbildung-bleib-dran

Neue Leitung in Bremerhaven

Ab 1. März leitet Tomke Claußen die Geschäftsstelle der Arbeitnehmerkammer in der Seestadt. Seit 2012 arbeitet sie als Rechtsberaterin in der Arbeitnehmerkammer in der Arbeits- und Sozialrechtsberatung, der öffentlichen Rechtsberatung und seit 2016 auch in der Insolvenzberatung. Die gebürtige Bremerhavenerin will das Kompetenzzentrum für Arbeits- und Sozialrecht am Neuen Hafen weiter ausbauen und das Beratungsangebot an die Herausforderungen der Zukunft anpassen.



Foto: Stefan Schmidbauer

Die Netzwerkarbeit mit Partnern, die sich für die Arbeitnehmerinteressen im Land Bremen einsetzen und die Kooperation mit den Gewerkschaften wird fortgeführt. Weiterhin wird es ein vielfältiges Angebot mit Infoveranstaltungen, Kabarett, Ausstellungen und Lesungen geben.

Umschulung Sozialassistenten



Am 21. Oktober beginnt eine 16-monatige Umschulung zum staatlich anerkannten Sozialassistenten mit theoretischem Anteil in der wisoak und praktischen Anteilen in einer Kita. Sozialassistenten ergänzen und unterstützen in sozialpädagogischen Einrichtungen bei der Betreuung von Kindern, die einen spezifischen Förderbedarf haben. Die Kosten für die Teilnahme können von der Agentur für Arbeit oder vom Arge-Jobcenter mit Bildungsgutscheinen übernommen werden.

Mehr Infos unter

➔ www.wisoak.de (Suche: 71440H19)

☎ 0471.5 95-22

Berufsbegleitendes Zertifikatsstudium

Das weiterbildende Studium „Arbeitsbezogene Beratung“ wendet sich an Betriebsräte, Personalräte, Mitarbeitervertretungen, BR-/PR-Referenten, Schwerbehindertenbeauftragte und Gleichstellungsbeauftragte.

Betriebliche Interessenvertretungen erwerben Fachwissen über Beratung, Methodenkompetenz in der Gesprächsführung und der Gestaltung von Gruppenprozessen sowie umfassende Sozialkompetenz (Kommunikations-, Team- und Konfliktfähigkeit).

Das Angebot von zap, Arbeitnehmerkammer Bremen und der Akademie für Weiterbildung der Universität Bremen dauert 12 Monate und umfasst 18 Präsenztage.

Bewerbungsfrist: bis 24. Juni 2019

Studienbeginn: 1. September 2019

Info-Veranstaltung: 21. Mai 2019 um 17 Uhr, in der Akademie für Weiterbildung, UNICOM-Gebäude, Haus Turin, Raum 3

Infos auch zu Finanzierung und Zulassungsvoraussetzungen unter: www.uni-bremen.de/zap/zap-bildung/arbeitsbezogene-beratung

☎ 0421.2 18 56 70 7

SCHWERPUNKT

Wir wählen

— Was die Bremer Politik für Beschäftigte tun will

Text: Anne-Katrin Wehrmann

Am 26. Mai entscheiden die Wahlberechtigten in Bremen und Bremerhaven, wie sich in den nächsten vier Jahren die Bürgerschaft zusammensetzen wird. Wir haben die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der fünf Parteien, die in der aktuellen Wahlperiode über Fraktionsstatus verfügen, zu ihren Zielen befragt. Im Fokus standen drei Themen, die für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von besonderem Interesse sind:

Das Thema **Ausbildung** hat sich in den vergangenen Jahren zum Dauerbrenner entwickelt. Während bundesweit 2018 so viele Ausbildungsplätze angeboten wurden wie seit 2009 nicht mehr, war in Bremen die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum wiederholten Mal rückläufig. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung im Land Bremen kamen voriges Jahr auf 100 Ausbildungsinteressierte nur 71 Ausbildungsplätze.

Die **Digitalisierung** ist für Betriebe und Beschäftigte gleichermaßen eines der drängendsten Themen der Gegenwart und vor allem auch der Zukunft. In vielen Bereichen hat sich die Arbeitswelt durch digitale Techniken bereits erkennbar verändert. Diese Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen: Während manche die Chancen der Digitalisierung sehen, haben andere Sorge, was mit ihren Arbeitsplätzen geschieht. Wo die neuen Technologien Arbeit übernehmen, braucht es Alternativen für die Beschäftigten.

An allen Ecken und Enden Bremens wird gebaut, es gibt diverse Förderprogramme, die Mietpreisbremse wurde verschärft – und doch ist **bezahlbarer Wohnraum** in vielen Quartieren Mangelware. Gerade auch Beschäftigte mit geringen und mittleren Einkünften haben es immer schwerer, eine finanzierbare Bleibe zu finden.

Foto: Senatspressestelle



Carsten Sieling

SPD

Wie können die Chancen für junge Menschen auf eine Berufsausbildung verbessert werden?

Eine Ausbildung sollte grundsätzlich kostenlos sein. Das gilt auch für therapeutische Ausbildungen, für die wir bereits einen Einstieg in die Schulgeldfreiheit realisiert haben. Klar ist: Es muss genügend Ausbildungsplätze geben. Da sind Wirtschaft und Politik gleichermaßen gefordert. Als Senat haben wir in Bremen die Jugendberufsagentur ins Leben gerufen. Da gibt es Beratung und Unterstützung aus einer Hand. Mit der Ausbildungsgarantie haben wir 480 neue Ausbildungsplätze geschaffen. Die Wirtschaft steht ihrerseits in der Pflicht, ausreichend attraktive Ausbildungsplätze anzubieten. Wenn die vereinbarten Ausbildungszahlen nicht erreicht werden, werden wir als SPD die Sozialpartner bei der Einführung von Ausbildungsfonds unterstützen.

Wie kann der digitale Wandel im Sinne der Beschäftigten politisch begleitet werden?

Mit der zunehmenden Digitalisierung ist die Bedeutung von Kompetenzen, die über das rein Fachliche hinausgehen, deutlich gewachsen. Diese Entwicklung rückt das lebenslange Lernen sowie Weiterbildung und Nachqualifizierung noch einmal stärker in den Fokus. Auch die Anschlussfähigkeit bereits erreichter Bildungsabschlüsse muss sichergestellt werden. Beides nimmt der vom Senat begonnene landespolitische Schwerpunkt auf abschlussbezogene Qualifizierung auf. Das müssen wir weiter intensivieren, denn wir wollen Bremen in der digitalisierten Ökonomie zur Fachkräftehochburg Deutschlands machen.

Wie kann mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden?

Wir brauchen ein breites und bezahlbares Wohnungsangebot für alle: für Familien und Singles ebenso wie für Studierende und ältere Menschen. Durch unsere städtischen Wohnungsbauunternehmen Gewoba und Stäwog haben wir schon einen großen Bestand an guten und preiswerten Mietwohnungen gesichert. Das wollen wir durch den Kauf der Brebau ausweiten. Um noch mehr Einwohnerinnen und Einwohner zu gewinnen, müssen wir aber auch deutlich mehr Flächen für den Wohnungsbau bereitstellen. In Bremen sollen 2.500 neue Wohnungen pro Jahr entstehen. Wir werden dabei auf eine gute soziale Durchmischung in allen Ortsteilen achten und die Sozialquote von 25 Prozent auf 30 Prozent erhöhen.

Foto: CDU



Carsten Meyer-Heder



Wie können die Chancen für junge Menschen auf eine Berufsausbildung verbessert werden?

Ich will, dass die bremischen Schülerinnen

und Schüler den Anschluss an die anderen Bundesländer finden und ihre Ausbildungsfähigkeit gestärkt wird. Dafür wollen wir die bremische Schulbildung insgesamt in ihrer Qualität verbessern, aber auch die Berufsorientierung in den Schulen stärken. Ich setze mich deshalb für ein gleichnamiges Unterrichtsfach nach Hamburger Vorbild ein. Die beruflichen Schulen müssen zudem mit Priorität modernisiert und saniert werden. Den „Pakt für Ausbildung“ möchte ich fortsetzen, möglichst mit konkreten Zielzahlen. Durch eine noch intensivere Ausbildungsberatung durch die Kammern will ich noch mehr Betriebe für eine Ausbildung gewinnen.

Wie kann der digitale Wandel im Sinne der Beschäftigten politisch begleitet werden?

Durch die Digitalisierung werden sich viele Berufe und Tätigkeiten stark verändern. Ich möchte, dass wir alle Beschäftigten auf diesem Weg mitnehmen, dazu will ich die Weiterbildung stärken, insbesondere bei Digital- und Sozialkompetenzen. Als Politiker stehen wir zudem in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen und Regeln für Digitalisierung zu schaffen. Das gilt sowohl für die technischen Voraussetzungen, wie den Breitbandausbau, als auch für die rechtlichen Rahmenbedingungen, angefangen vom Datenschutz über Fortbildung bis hin zu Regelungen über Arbeitsschutz, Arbeitszeiten und Arbeitszeiterfassung.

Wie kann mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden?

Um insbesondere jungen Familien ihren Traum vom Eigenheim zu ermöglichen, will ich die Grundsteuer senken und dem niedersächsischen Niveau angleichen. Arbeitnehmer mit kleinem Geldbeutel wollen wir den Kauf eines Hauses erleichtern, indem wir Grundstücke auf der Basis von Erbbaupacht anbieten. Zusätzlich will ich innovative Formen des Bauens und Wohnens, beispielsweise Wohnen auf dem Wasser oder in „Tiny-Houses“, vorantreiben. Um bedarfsgerechte Wohnungen für Familien, aber auch Senioren oder Singlehaushalte zu schaffen, werde ich die Verantwortung der Gewoba im Wettbewerb mit anderen Bauträgern unterstützen und ausweiten.

Foto: Bündnis 90 / DIE GRÜNEN



Maike Schaefer



Wie können die Chancen für junge Menschen auf eine Berufsausbildung verbessert werden?

Ausbildung schafft gesellschaftliche Teilhabe.

Wir wollen deshalb Teilzeit- sowie duale Ausbildungen fördern, Möglichkeiten der Weiterbildung ausweiten und unser Ausbildungssystem inklusiv gestalten. BAföG ist ein Erfolgsmodell und soll auch Azubis im vollen Umfang zur Verfügung stehen. Zudem gilt es, Geflüchtete, gerade auch Personen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, nicht außen vor zu lassen. Bremen braucht die Talente der Zukunft. Eine Ausbildungsumlage soll deshalb kleinen Unternehmen ermöglichen, Ausbildungsplätze bereitzustellen. Jedoch geht es nicht nur darum, neue Plätze zu schaffen, sondern auch, diese sozial zu gestalten. Wir setzen uns deshalb für eine Mindestausbildungsvergütung ein, denn alle Auszubildenden verdienen eine gerechte Bezahlung.

Wie kann der digitale Wandel im Sinne der Beschäftigten politisch begleitet werden?

Der digitale Wandel ist in vollem Gang. Auch für Bremen sind die neuen Technologien wichtig und müssen gefördert werden. Dies darf aber nicht zulasten der Arbeitnehmerrechte geschehen. Deshalb setzen wir uns für Regelungen zur sozialen Sicherung für neue Dienstleistungsformen ein. Auch wollen wir ethische Grundlagen der Digitalisierung schaffen und Strategien hin zu einer „Guten Arbeit 4.0“ entwickeln. Dazu setzen wir von Anfang an auf digitale Medienkompetenz, wollen Schulen fit machen und Medienkompetenz und -pädagogik durch Bundes- und EU-Mittel fördern. Mit besseren Möglichkeiten zur Weiterbildung wird es den Bremerinnen und Bremern gelingen, den digitalen Wandel aktiv zu gestalten.

Wie kann mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden?

Bremen soll wieder aktiv und strategisch Flächen für die Stadtentwicklung erwerben und ökologisches und soziales Bauen fördern. Seit 2014 hat das grüne Bauressort Anträge für über 10.000 neue Wohnungen genehmigt, ein Viertel davon nach Regeln des sozialen Wohnungsbaus. Das reicht uns aber nicht! Wir wollen diese Quote auf 30 Prozent erhöhen. Darüber hinaus gilt es, Regelungen zur Stabilisierung der Mietpreise zu treffen, die Schere zwischen gefördertem und hochpreisigem Wohnraum schließen und flexible Wohnformen unterstützen.

Foto: DIE LINKE



Kristina Vogt

DIE LINKE.

Wie können die Chancen für junge Menschen auf eine Berufsausbildung verbessert werden?

Wir wollen mehr betriebliche Ausbildungs-

plätze schaffen – durch einen solidarischen Ausbildungsfonds, über den sich die Betriebe die Kosten der Ausbildung teilen. Dieser muss branchenspezifisch sein, er braucht eine landesgesetzliche Grundlage. Voraussetzung ist eine bessere Vorbereitung in den allgemeinbildenden Schulen. Vor allem kleinere Betriebe wollen wir so unterstützen. Parallel wollen wir eine Ausbildungsoffensive für den öffentlichen Dienst und die schulischen Ausbildungsberufe, vor allem für die Gesundheitsberufe. Berufsausbildung muss man sich leisten können: Schulische Ausbildungen müssen kostenfrei sein und eine Mindestausbildungsvergütung für alle dualen Ausbildungen muss festgelegt werden.

Wie kann der digitale Wandel im Sinne der Beschäftigten politisch begleitet werden?

Sowohl bei den Betrieben als auch den Beschäftigten gibt es eine „digitale Spaltung“. Einige sind längst Teil des digitalen Wandels, andere kommen nicht mit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaftsförderung des Landes gezielt die Digitalisierung in kleinen und mittleren Betrieben unterstützt, auch im Dienstleistungssektor. Die Weiterqualifizierung von Beschäftigten soll wieder Bestandteil des „Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms“ werden. Tarifbindung, Landesmindestlohn, Verzicht auf Leiharbeit und Stärkung der Mitbestimmung sind notwendig, damit der digitale Wandel nicht dafür missbraucht wird, Löhne und Arbeitsbedingungen zu drücken.

Wie kann mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden?

Zuallererst muss verhindert werden, dass immer mehr bezahlbarer Wohnraum verschwindet. Bremen braucht endlich soziale Erhaltungssatzungen, um exzessive Mietsteigerungen zu verhindern und städtische Vorkaufsrechte zu sichern. Ebenso soll die Stadt Wohnanlagen rekommunalisieren, wo immer sich die Gelegenheit bietet. Neubau soll vor allem dazu genutzt werden, den kommunalen, genossenschaftlichen und gemeinnützigen Anteil am Wohnungsmarkt zu steigern und dauerhaft günstige Wohnungen zu schaffen. Städtische Flächen sollen nicht mehr verkauft, sondern in Erbbaurecht vergeben werden – zum Beispiel auf der Rennbahn. Die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften müssen gestärkt werden.

Foto: FDP



Lencke Steiner

**Freie Demokraten
FDP**

Wie können die Chancen für junge Menschen auf eine Berufsausbildung verbessert werden?

Der Meister ist für uns genauso viel wert wie

ein Master. Wir dürfen aber an dem Ruf der Ausbildung arbeiten. Es muss nicht jeder studieren. Gute Bildung ist das Fundament für ein eigenverantwortliches und erfolgreiches Leben! Leider hat das Bremer Schulsystem keinen guten Ruf, wir wünschen uns eine Unterrichtsgarantie und ausbildungsfähige Schulabgängerinnen und Schulabgänger. Die Vorbereitung auf eine duale Ausbildung wird wieder eine größere Rolle in der Schule spielen. Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen sind das A und O. Sie gehören in den Fokus des Unterrichts. Wir wollen deshalb die Qualität und den Leistungsanspruch erhöhen. In diesem Zusammenhang ist eine ausgezeichnete praxisnahe Berufsorientierung entscheidend, diese ist die Voraussetzung für eine richtige Berufswahl. Dann haben Bremer Jugendliche auch wieder bessere Chancen im Wettbewerb um die Ausbildungsplätze.

Wie kann der digitale Wandel im Sinne der Beschäftigten politisch begleitet werden?

Mensch und Roboter arbeiten schon heute zum Beispiel bei Mercedes Hand in Hand. Wir dürfen die Chancen der Digitalisierung nutzen, in dem wir unsere Beschäftigten gezielt auf die neuen Herausforderungen durch gezielte Schulungen vorbereiten. Lebenslanges Lernen wird immer wichtiger. Bereits in der Schule sollte „Programmieren“ zum festen Bestandteil des Lehrplans werden.

Wie kann mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden?

Beim bezahlbaren Wohnraum geht es für uns nicht ausschließlich um den sogenannten „sozialen Wohnungsbau“, sondern auch um bezahlbaren Wohnraum für die Facharbeiter-Familie. Die beste Maßnahme für mehr bezahlbaren Wohnraum ist das Bauen von neuen Wohnungen. Daher setzen wir uns für die Ausweisung von mehr Bauflächen ein. Die Aufstockung von vorhandenem Wohnraum bietet weitere Chancen. Mit der sogenannten Dachaufstockung könnten in Bremen über 20.000 neue Wohnungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir, dass zeitnah die rechtlichen Voraussetzungen angepasst, die Bauverordnung verschlankt und die Genehmigungsverfahren vereinfacht werden.

Europa wählen

Bremen wählt am 26. Mai nicht nur für die Bürgerschaft, sondern auch für das Europäische Parlament – und damit für das einzige direkt demokratisch gewählte Organ der EU

Text: Anne-Katrin Wehrmann

Dass die Wahl zum Europäischen Parlament auch für die Bremerinnen und Bremer eine große Bedeutung hat, steht für Staatsrätin Ulrike Hiller außer Frage. „Wir haben viele Vorteile durch die Gemeinschaft“, meint Bremens Bevollmächtigte beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit. Insgesamt 179 Millionen Euro erhält das Land Bremen in der Förderperiode 2014 – 2020 aus verschiedenen EU-Töpfen. Geld, das unter anderem in neue Arbeitsplätze, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und mehr Lebensqualität in unseren beiden Städten fließt.

„Und wir lernen viel voneinander, ob in der Schule, in Ausbildung und Studium, in der Arbeitswelt oder im Kulturbereich.“ Gerade durch den Brexit werde deutlich, wie eng Europa schon zusammengewachsen sei und welche Nachteile es bringe, sich zu trennen. Natürlich müsse sich die EU noch besser aufstellen und die Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund rücken: „Genau dafür brauchen wir ein starkes Parlament, um die demokratischen Kräfte zu unterstützen“, betont Hiller. Dass im Land Bremen mehr als 40.000 Bürger aus anderen EU-Ländern leben und arbeiten, ist für die Staatsrätin ein Beleg dafür, dass der Zwei-Städte-Staat von einem Europa ohne Grenzen profitiert. „In Brüssel sind wir als kleine, aber engagierte Region bekannt, die sich sehr aktiv einbringt“, berichtet sie. „Mit Europa haben wir die Chance, Herausforderungen zu bewältigen, die wir alleine nicht stemmen würden – ob in der Handelspolitik, bei einer nachhaltigen Entwicklung oder bei der sozialen Absicherung.“

Für Annette Düring, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Region Bremen-Elbe-Weser, schafft die EU durch eine Vielzahl an Grundfreiheiten wertvolle Rechte und Chancen – sowohl auf persönlicher Ebene, etwa durch die Grenzfreiheit und den Euro, als auch für Arbeitnehmer und Betriebsräte. Als Beispiel nennt sie die Arbeitnehmerfreizügigkeit, nach der Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz innerhalb der EU frei wählen dürfen und gegenüber einheimischen Beschäftigten gleichberechtigt behandelt werden müssen. „Vom daraus entstehenden Aufenthaltsrecht profitieren auch Familien“, macht Düring deutlich. Positiv sei

zum Beispiel auch die Möglichkeit zu bewerten, dass in Unternehmen, die in mehreren Mitgliedsstaaten operierten, Europäische Betriebsräte (EBR) gegründet werden könnten. „So können sich Mitarbeiter aller Standorte innerhalb der EU vernetzen und ihre Interessen gebündelt vertreten“, erläutert sie. Und die vor wenigen Jahren verabschiedeten neuen Vergaberichtlinien legten fest, dass bei öffentlichen Ausschreibungen nun auch soziale und ökologische Aspekte eine Rolle spielen: „Für Betriebe, die sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Sozialverträglichkeit orientieren, bedeutet dies eine klare Besserstellung.“

Dass sich die Wahlberechtigten in Deutschland insgesamt eine sozialere Ausrichtung der EU wünschen, geht aus einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem Titel „Gerechter. Sozialer. Weniger ungleich. Was die Deutschen von Europa erwarten“ hervor. Demnach genießt die EU weiterhin eine breite Akzeptanz bei der deutschen Bevölkerung – zugleich sehen aber zwei Drittel der Bürger Reformbedarf, insbesondere auch bei den Themen „Gerechtigkeit“ und „Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen/Lebenschancen“.

Wahltag ist der 26. Mai 2019, parallel zur Bürgerschaftswahl in Bremen und Bremerhaven. Wahlberechtigt sind alle EU-Bürger, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und mindestens drei Monate vor der Wahl in einem EU-Mitgliedstaat gemeldet sind. Sie können am Wahltag im Wahllokal wählen oder die Briefwahl nutzen.

Wähler mit deutschem Pass bekommen die Wahlunterlagen automatisch rechtzeitig vor der Wahl per Post zugesandt. **Wähler mit anderen EU-Pässen** rufen bei ihrem Wahlamt an und lassen sich bis zum 3. Mai ins Wählerverzeichnis eintragen: Bremen ☎ 0421.361-8 88 88 / Bremerhaven ☎ 0471.5 90 21 13.
www.bremen-waehlt-europa.de

Die Uhr rückt vor — Tipps für die Umstellung auf Sommerzeit

Text: Frauke Janßen



Die Winterzeit gilt chronobiologisch als die Normalzeit, also in Bezug auf die innere Uhr des Menschen. „Die zirkadiane Uhr gibt unserem Organismus einen 24-Stunden-Takt vor, der mit dem Sonnenlicht synchronisiert ist. Da wir uns aber überwiegend drinnen aufhalten und unsere Arbeitszeiten nicht mehr zum zirkadianen Rhythmus passen, ist unsere innere Uhr aus dem Gleichgewicht geraten – mit der Folge, dass viele von uns morgens schlecht aus den Federn kommen. Die Umstellung auf die Sommerzeit verstärkt dieses Problem leider noch“, erläutert Eva Winnebeck, Chronobiologin am Institut für Medizinische Psychologie in München. „Im Nordwesten Deutschlands sind die Menschen von der Zeitumstellung zusätzlich betroffen, weil es dort noch später hell wird als im Süden oder Osten“, sagt Winnebeck.

Welcher Zeittyp bin ich?

Wie gut die Umstellung der inneren Uhr auf die Sommerzeit gelingt, hängt auch davon ab, welcher Zeittyp der oder die Einzelne ist: Die Spättypen werden Eulen genannt, sie werden erst mittags richtig fit und bleiben es bis in die Nacht hinein. Die Frühtypen dagegen sind Lerchen. Sie sind frühmorgens wach und werden gegen Abend müde. „Die meisten Menschen ticken zwischen diesen Extremen, wobei spätere Zeittypen insgesamt überwiegen“, sagt Eva Winnebeck. Sie vermissen nach der Zeitumstellung am 31. März die eine Stunde morgens ganz besonders schmerzlich.



Was hilft den Eulen gegen die Müdigkeit?

Licht tanken

Allen Widerständen zum Trotz möglichst früh aufstehen. „Beim Frühstück lässt sich die Dunkelheit mit einer Tageslichtlampe überbrücken“, sagt Winnebeck. Hilfreich ist auch, das Fahrrad für den Arbeitsweg zu nehmen oder zwei Stationen früher aus der Bahn auszusteigen und den Rest zu laufen.

Schlaf fördern

Mittagsschlaf weglassen und abends auf schwere Mahlzeiten verzichten. Und grundsätzlich abends wenig Licht machen. Wer nicht müde wird, sollte dennoch früh zu Bett gehen und das Schlafzimmer gut abdunkeln, damit der Körper möglichst viel vom schlaffördernden Dunkelheitshormon Melatonin bilden kann. Das blaue Licht von Smartphone, Tablet oder Fernseher abends meiden, denn es unterdrückt die Hormonbildung und erschwert damit das Einschlafen.

Laune verbessern

Wer miesepetrig aufsteht, gewöhnt sich nur schwer an die neue Zeit. Musik und helles Licht verbessern dagegen den Start in den Tag. „Insbesondere das morgendliche Licht ist wichtig für die psychische Gesundheit“, so Winnebeck.

Nichts überstürzen

Ganz ohne Geduld geht es nicht, denn die innere Uhr lässt sich nicht von jetzt auf gleich austricksen. Frische Luft und Bewegung im Freien sind immer noch die besten Helfer gegen Müdigkeit. Wer körperlich aktiv ist, regt Kreislauf und Stoffwechsel an, zum Beispiel mit einem morgendlichen Gang zum Bäcker.

Tipps für Lerchen

Und was hilft Frühtypen, die abends länger arbeiten müssen? „Sie machen es umgekehrt“, sagt Eva Winnebeck: „Morgens möglichst alles dunkel halten, und sich dafür abends so viel Licht wie möglich organisieren.“

Mieterhöhung — und nun?

Darf mein Vermieter die Miete erhöhen wie, wann und so oft er will? Gibt es einen Mietspiegel? Was Mieter in Bremen wissen sollten

Text: Hanna Mollenhauer

Juristische Beratung: Marion Dobner

Foto: Kay Michalak

1. Wie muss eine Mieterhöhung formal aussehen?

Die Mieterhöhung muss in Textform, zum Beispiel per Brief oder E-Mail erfolgen und von allen Vermietern an alle Mieter gesendet werden. Der Vermieter muss die Erhöhung in Zahlen angeben, Angaben in Prozent gelten nicht. Und er muss die Erhöhung begründen. Einer der häufigsten Gründe ist eine Anpassung an die ortsübliche Miete. Darauf beziehen sich die folgenden Fragen.

2. Wie oft sind Mieterhöhungen möglich?

Frühestens ein Jahr, nachdem die letzte Mieterhöhung wirksam wurde, darf eine weitere Mieterhöhung angekündigt werden.

3. Wie stark darf der Vermieter die Miete erhöhen?

Bei bestehenden Mietverhältnissen darf der Vermieter zum einen die Miete nur gemessen an der ortsüblichen Miete erhöhen. Zum anderen darf die Kaltmiete innerhalb von drei Jahren in Bremerhaven nicht um mehr als 20 Prozent steigen, in der Stadt Bremen

nur um 15 Prozent (Kappungsgrenze). Das gilt auch dann, wenn die ortsübliche Vergleichsmiete noch nicht erreicht ist.

4. Wie wird die ortsübliche Miete ermittelt?

Der Vermieter kann sich auf einen Mietspiegel, eine Mietdatenbank, ein Sachverständigengutachten oder drei Vergleichswohnungen berufen. In der Stadt Bremen gibt es anders als in Bremerhaven keinen Mietspiegel. Benennt der Vermieter drei Vergleichswohnungen, müssen diese von der Ausstattung, der Lage und der Größe her ähnlich sein. Die Vergleichswohnungen müssen so bezeichnet sein, dass der Mieter hingehen und klingeln kann. Der Vermieter darf allerdings nur die niedrigste der drei Vergleichsmieten fordern und keinen Durchschnittswert bilden. Grundlage für eine Mieterhöhung ist immer die tatsächliche Wohnfläche.

5. Wie und wann wird die Mieterhöhung wirksam?

Der Vermieter kann die Mieterhöhung nicht einseitig geltend machen. Er darf den Mieter nur zur Zustimmung auffordern. Hierfür hat der Mieter ab Erhalt der Mieterhöhung bis Monatsende und zwei weitere Monate Zeit. Der Mieter kann der Mieterhöhung auch nur zum

Teil zustimmen. Ohne Zustimmung wird die Mieterhöhung nicht wirksam. Stimmt der Mieter der Erhöhung zu, gilt die neue Miete ab dem dritten Monat nach Erhalt des Erhöhungsverlangens des Vermieters. Verweigert der Mieter seine Zustimmung, kann der Vermieter innerhalb von drei Monaten klagen, um die Mieterhöhung durchzusetzen. Übrigens: Der Mieter hat bei einer Mieterhöhung ein Sonderkündigungsrecht, das heißt, er kann den Mietvertrag bis zum Ende seiner Überlegungsfrist zum Ablauf des übernächsten Monats kündigen.

Infos zu Mieterhöhungen wegen Modernisierung oder Neuvermietung finden Sie auf unserer Website unter ➔ www.arbeitnehmerkammer.de

i

Wenn Mieter eine Mieterhöhung erhalten, sollten sie sich in der Rechtsberatung der Arbeitnehmerkammer beraten lassen.

➔ Weitere Infos zur öffentlichen Rechtsberatung finden Sie auf der Rückseite dieses Magazins.



Tipps & Termine

AUSSTELLUNGS-TIPP

Jetzt aber Kunst!

Nach der Arbeit die Sonderausstellungen in der Kunsthalle Bremen kennenlernen? Mit fünf Euro (inklusive Eintritt) sind KammerCard-Inhaber dabei.

Unsere Feierabend-Führungen werden auch in diesem Jahr fortgesetzt. Fünf Termine stehen 2019 auf dem Programm – den Anfang macht „Unser Lehm ist der Kunz geweint. Die Sammlung Hajo und Angelika Antpöhler“ am 5. März um 18 Uhr. Darauf folgt am 2. April, ebenfalls um 18 Uhr, „Tierischer Aufstand. 200 Jahre Bremer Stadtmusikanten in Kunst, Kitsch und Gesellschaft“.

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/kunsthalle

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/kammercard

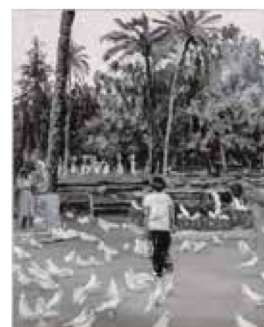


Foto: Maurizio Cattelan, *Love Lasts Forever*, 1997, Die Kunsthalle Bremen – Der Kunstverein in Bremen
© Maurizio Cattelan, Foto: Karen Blindow



Foto: Hajo Antpöhler, *Unser Lehm ist der Kunz geweint*, o. J., Transferletter auf DIN-3-Millimeterpapier, Kunsthalle Bremen – Der Kunstverein in Bremen

Unser Lehm ist der Kunz geweint – Feierabendführung am 5. März
Kunsthalle Bremen



Recuerdos Encontrados – Gefundene Erinnerungen: Malerei, Zeichnungen und Installation von Antonio Velasco Muñoz, 5. März – 30. April
Galerie der Arbeitnehmerkammer, Bremerhaven



BUCH-TIPP

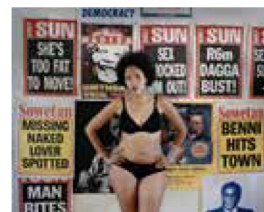
Acht Stunden mehr Glück

Maïke van den Boom

Acht Stunden mehr Glück

Warum Menschen in Skandinavien glücklicher arbeiten und was wir von ihnen lernen können
Fischer Krüger, 2018, 399 Seiten

Oftmals verbringen wir mehr Zeit bei der Arbeit als zu Hause. Wenn man in seinem Job nicht zufrieden ist, gestaltet sich ein glückliches Leben schwierig. Doch wie schaffen es die Skandinavier, in ihrem Job glücklich und zufrieden zu sein und was können wir von ihnen lernen? Um diese Frage zu beantworten ist die Autorin quer durch die nordischen Länder gereist und hat mit Menschen unterschiedlicher Berufsgruppen gesprochen. Eine wichtige Rolle für die Zufriedenheit der Mitarbeiter spielen Familienfreundlichkeit, Vertrauen und Wertschätzung. Doch warum tanzen die Bauarbeiter morgens bevor es auf die Baustelle geht und was hat Lego bauen mit der Arbeit in einer IT-Firma zu tun?



Works on Gender – Fotos von Jodi Bieber, bis 29. März
Galerie im Foyer, Arbeitnehmerkammer Bremen



Beschäftigte mit KammerCard erhalten auf die BIBCARD der Stadtbibliothek zehn Prozent Ermäßigung!

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/kammercard

Veranstaltungen

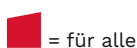
➔ BREMEN & BREMEN-NORD

5. März	Aus der Reihe „Ihr Recht – einfach erklärt“ ▶ Digitale Arbeit – Meine Daten im Job <i>Bürgerstraße 1, Bremen</i>
5. März	▶ Minijob = Minirechte? <i>Lindenstraße 8, Bremen-Nord</i>
12. März	▶ Befristung – auf ewig von einem Vertrag zum nächsten? <i>Bürgerstraße 1, Bremen</i>
26. März	▶ Die Rente – ein Überblick <i>Bürgerstraße 1, Bremen</i>
2. April je 18 – 19.30 Uhr	▶ Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld <i>Lindenstraße 8, Bremen-Nord</i>
bis 29. März	Fotoausstellung: Jodi Bieber ▶ Works on Gender an zwei Orten: <i>Vegeacker Geschichtenhaus, Zum Alten Speicher 5A, Bremen</i> und <i>Galerie im Foyer, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
17. März 15 Uhr	▶ Harte Jungs und brave Mädels? Führung durch die Ausstellung, anschließend: Theaterworkshop (60 Minuten) <i>Vegeacker Geschichtenhaus, Zum Alten Speicher 5A, Bremen</i>
5. März 2. April je 18 Uhr	Feierabend-Führungen in der Kunsthalle ▶ „Unser Lehm ist der Kunz geweint. Die Sammlung Hajo und Angelika Antpöhler“ ▶ „Tierischer Aufstand. 200 Jahre Bremer Stadtmusikanten in Kunst, Kitsch und Gesellschaft“ Jeweils dienstags. Anmeldung mit KammerCard-Nummer bis zum Fr. vorher unter ☎ 0421.3 63 01-0.
6. März 16 – 18 Uhr	Austausch für Vorsitzende – Gleiche/r unter Gleichen und doch der/die Erste sein <i>Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
7. März 15 – 18 Uhr	Sozialpolitik mit Zukunft – welche Rolle spielen die Sozialversicherungen? <i>Kultursaal, Bürgerstraße 1, Bremen</i>
20. März 15 – 18 Uhr	Aus der Reihe „Alles im Blick“ (Modul 8) – Datenschutz und Mitbestimmung <i>Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5, Bremen</i>
26. März 15 – 18 Uhr	Menschengerechte Gestaltung der Arbeit durch Mitbestimmung im Arbeitsschutz <i>Lindenstraße 8, Bremen-Nord</i>

➔ BREMERHAVEN

14. März 15 – 18 Uhr	Aus der Reihe „Alles im Blick“ (Modul 8) – Datenschutz und Mitbestimmung <i>Forum der Arbeitnehmerkammer, Barkhausenstraße 16, Bremerhaven</i>
19. März 26. März je 17 – 18.30 Uhr	Aus der Reihe „Ihr Recht – einfach erklärt“ ▶ Gehalt – was Beschäftigte wissen sollten ▶ Ran an den PC – Steuererklärung selbst gemacht! <i>Arbeitnehmerkammer, Barkhausenstraße 16, Bremerhaven</i>
5. März – 30. April	Recuerdos Encontrados – Gefundene Erinnerungen Malerei, Zeichnungen und Installation von Antonio Velasco Muñoz <i>Arbeitnehmerkammer, Barkhausenstraße 16, Bremerhaven</i>
1. März – 4. April jeweils 20 Uhr	Kabarett im Capitol Frank Grischek (1. März) / Lisa Catena (9. März) / Alexander Burkhard, Miss Allie & Sulaiman Masomi (15. März) / Philipp Weber (23. März) / Bühne Cipolla (29. März) / Matthias Brodowy (30. März) / Simone Solga (4. April) <i>Capitol, Hafestraße 156, Bremerhaven</i>

Weitere Veranstaltungen und Informationen unter ➔ www.arbeitnehmerkammer.de/veranstaltungen



= für alle



= für Politikinteressierte



= für Betriebs- und Personalräte

Vom Problemquartier zum Hoffnungsprojekt

Bremerhaven gilt schon seit Langem als Stadt der niedrigen Mieten und hohen Leerstände. Doch nun wird gebaut, saniert – und die Mieten steigen.

Ein Besuch in Lehe, einem Stadtteil im Wandel

*Text: Melanie Öhlenbach
Fotos: Kay Michalak*

Schneeweiß leuchtet das Gebäude im Bremerhavener Winterschmuddelwetter. Durch die Sprossenfenster im Erdgeschoss fällt Licht. Junge Menschen sitzen mit Laptops an einem langen Tisch und arbeiten. Ein Kronleuchter baumelt von der hohen, stuckverzierten Decke, ein Sofa steht mitten im Raum. Alles wirkt recht edel – und sehr neu: Erst seit Juli 2018 gibt es das offene Gemeinschaftsbüro im sanierten Gründerzeithaus an der Goethestraße. Drei Etagen höher, unterm Dach, wohnt Kilian Haye. Drei Zimmer, Küche, Bad und einen großen Balkon teilt er sich mit einem Mitbewohner. Mehrfach verglaste Fenster, Holzboden, moderne Deckenheizung: alles frisch saniert. „Ein Traum“, sagt der 21-Jährige. „Die Wohnung ist Luxus pur.“

Kilian Haye studiert an der Hochschule Bremerhaven. Anders als so mancher Kommilitone hat er sich nicht dafür entschieden, in Bremen zu wohnen und jeden Tag zu pendeln. Das spart ihm nicht nur Zeit, sondern auch Geld: Etwa 700 Euro warm kostet die gut 75 Quadratmeter große Studentebude, die Miete teilt er sich mit seinem Mitbewohner. Die pendelnden Studienkollegen zahlten etwa 500 Euro für ihr WG-Zimmer, schätzt er.

Dass er dafür nicht in angesagten stadtbremischen Quartieren wie dem Viertel oder der Neustadt wohnt, stört Kilian Haye nicht. „In einem der größten geschlossenen Gründerzeitviertel Deutschlands zu wohnen, ist ja auch etwas Besonderes“, sagt er nicht ohne Stolz. Dass dieses ausgerechnet im Bremerhavener Stadtteil Lehe liegt, der in den Medien immer wieder als Problemquartier beschrieben wird – das stört ihn nicht.

„Im Goethequartier versucht man sich in einem Balanceakt: das Quartier zu sanieren und die Mieten bezahlbar zu halten.“

Dominik Santner

Wobei: Es tut sich was in Lehe, insbesondere im Quartier rund um die Goethestraße. Einige Häuser sind frisch gestrichen. Es gibt Räume für Anwohnerinitiativen und Kreative, wie zum Beispiel das Goethe45, eine Mischung aus Galerie und Künstlerwohnhaus. „In den vergangenen Jahren

haben sich Stadtverwaltung, Investoren und Wohnungsbaugesellschaften zusammengetan, um Quartiere wie Lehe aufzuwerten und attraktiven, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, sagt Dominik Santner, Referent für Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik der Arbeitnehmerkammer Bremen.

Wohnraum an sich ist zwar nie ein Problem in Bremerhaven gewesen. Und auch die Preise lagen noch vor wenigen Jahren mit fünf Euro pro Quadratmeter zum Teil deutlich unter dem Niveau anderer westdeutscher Großstädte. Doch die geringe Nachfrage und die geringen Mieteinnahmen führten zu den Problemen, die man bis heute rund um die Goethestraße sehen kann: Häuser stehen leer, von den Wänden bröckelt der Putz. „Die Rendite aus der Vermietung von Wohnungen ist oft so gering, dass Eigentümer notwendige Investitionen in Instandhaltung und Modernisierung nicht leisten können oder wollen“, erklärt Santner.

Gleichzeitig entstehen am Neuen Hafen, auf dem Kistnergelände, im Warringsquartier und dem Werftquartier Neubauten mit Mieten von über zehn Euro pro Quadratmeter. Für viele Beschäftigte ist das nicht bezahlbar. Die Folge: Normalverdiener konkurrieren mit ärmeren Menschen um denselben Wohnraum. „Dass Vermieter im Zweifelsfall lieber an das Ehepaar mit einem doppelten, geregelt

Einkommen vermieten als an eine Familie mit Hartz-IV-Bezug, dürfte keine Seltenheit sein“, meint Santner.

Im Goethequartier versucht man sich nun in einem Balanceakt: das Quartier zu sanieren und die Mieten bezahlbar zu halten. In anderen Städten hätte ein Quartier mit einem ähnlichen architektonischen Schatz längst eine Gentrifizierungswelle mit Luxussanierungen und entsprechenden Mietsteigerungen losgetreten, davon ist Santner überzeugt. „Gerade in Bremerhaven ist es aber wichtig, dass sich auch gering verdienende Arbeitnehmer modernen Wohnraum leisten können.“

Eine Akteurin, die diesen sanften Strukturwandel mit vorantreibt, ist die städtische Wohnungsbaugesellschaft Stäwog. Bei ihr wohnt Mira Levinson mit ihren Zwillingen, in einem Mehrgenerationenhaus. „Ein absoluter Glücksfall“, sagt die 42-Jährige. Seit

Mira Levinson: „Ich wünsche mir sehr, dass das Viertel durchmischt bleibt – mit Menschen aus unterschiedlichen Ländern und sozialen Schichten.“



Kilian Hays: „Meine Wohnung ist Luxus pur.“

dem Jahr 2005 leben in dem Projekt an der Goethestraße ältere Menschen, Familien und Alleinerziehende unter einem Dach. Die Stäwog sanierte in Absprache mit den Bewohnerinnen und Bewohnern das mehrstöckige Gebäude, baute einen Fahrstuhl an. Im Erdgeschoss haben sich Mieterinnen und Mieter eine Werkstatt, eine Gästewohnung mit Musikzimmer und eine Sauna eingerichtet.

Für ihre 75 Quadratmeter große Dreieinhalbzimmerwohnung zahlt Mira Levinson monatlich rund 600 Euro an die Stäwog. Eine Miete, die für sie in dieser Höhe in Ordnung ist. Doch durch ihre Arbeit als Migrationsberaterin

„Die Entwicklung Bremerhavens steht und fällt auch damit, wie attraktiv die Stadt für Studierende und Berufsanfänger bleibt.“

Dominik Santner

weiß sie auch, dass sich nicht jeder das leisten kann. Sie fragt sich oft: Was passiert mit den Menschen, wenn Lehe gentrifiziert ist? Können wir alle hier wohnen bleiben? „Ich wünsche

mir sehr, dass das Viertel durchmischt bleibt – mit Menschen aus unterschiedlichen Ländern und sozialen Schichten“, sagte sie.

Eine Frage, die auch die Arbeitnehmerkammer umtreibt. Wie sich die Wohnsituation im Goethequartier, aber auch im Rest der Seestadt entwickeln wird, hängt aber nicht nur von bezahlbaren, modernen Wohnungen ab. „Die Entwicklung Bremerhavens steht und fällt auch damit, wie attraktiv die Stadt für Studierende und Berufsanfänger bleibt“, meint Santner. „Um sie langfristig zu halten, brauchen sie nicht nur eine berufliche Perspektive, sondern auch urbane Viertel mit einem vielfältigen Angebot an Einzelhandel, Cafés und Freizeitangeboten.“ Die Aufwertung des Goethequartiers sei ein Schritt in die richtige Richtung. „Bremerhaven hat aber noch einen langen Weg vor sich.“



Es verlangt höchste Konzentration, wenn Cellist Benjamin Stiehl sich im Probensaal der Philharmoniker auf ein Konzert vorbereitet

GALERIE DER ARBEITSWELT

Vollblutmusiker

Seit rund 15 Jahren spielt Benjamin Stiehl Cello bei den Bremer Philharmonikern. Das Orchester zählt mit bald 200 Jahren zu den ältesten in Deutschland

Text: Frauke Janßen – Foto: Kay Michalak

Flink und behände, dann wieder zart und bedächtig gleitet der Bogen über die Saiten des Instruments. Cellist Benjamin Stiehl probt mit 42 weiteren Musikern eine Haydn-Ouvertüre für ein Konzert in der Bremer Glocke. Die britische Dirigentin Julia Jones leitet die Probe mit kleiner Besetzung. Insgesamt verfügt das Orchester über 82 festangestellte Berufsmusiker – darunter sieben Cellisten.

Wie die seiner Musikerkollegen, begann auch Benjamin Stiehls Karriere als Kind. „Mit acht Jahren habe ich angefangen, Cello zu lernen“, erinnert sich der 38-Jährige. Dass er heute als Berufsmusiker arbeitet, hat er auch seinen Eltern zu verdanken. „Sie haben in der Anfangszeit sehr darauf geachtet, dass ich jeden Tag meine halbe Stunde übe.“ Der Wunsch, das Instrument auch beruflich spielen zu wollen, kam mit etwa 16 Jahren auf. Dank seines Talents wechselte Benjamin Stiehl zwei Jahre vor Schulschluss in eine Nachwuchsförderklasse an die Leipziger Hochschule für Musik und Theater und studierte dort anschließend fünf Jahre lang sein Instrument.

Mit seinem Cello-Diplom in der Tasche hätte er seine Ausbildung als abgeschlossen betrachten können. „Ich wollte mein Repertoire aber erweitern und durfte bei einem jungen Lehrer drei Jahre lang weiterstudieren und mein Konzertexamen ablegen.“ Das war im Jahr 2004. Zur selben Zeit hat er sich bei den Bremer Philharmonikern beworben. Wer neu in das Orchester aufgenommen wird, beurteilt die jeweilige Instrumentengruppe. Für Stiehl ist das die richtige Herangehensweise: „Es entscheidet nicht der Chef, sondern die

Mitmusiker, wer vom Klang und vom Typ her hineinpasst.“ Nach einjähriger Probezeit haben die Kollegen erneut abgestimmt. Seitdem gehört Benjamin Stiehl zu den festangestellten Philharmonikern.

Besonders gut gefällt ihm, dass sich ihre Auftritte in der Oper und den Philharmonischen Konzerten die Waage halten. „Die Arbeit ist dadurch sehr abwechslungsreich“, sagt Stiehl. Wenn sich die Musiker auf Konzerte vorbereiten, wechseln sich Proben vormittags mit Opernauftritten im Theater Bremen am Abend ab. Am Nachmittag ist Pause. „Zu jeder ersten Probe für ein neues Projekt bereiten wir die Stücke zu Hause vor“, erzählt Stiehl von seinem Musikeralltag. Nebenbei verfolgt er seine Leidenschaft als Kammermusiker. Die teilt er mit seiner Frau, einer Pianistin, mit der er ebenfalls Konzerte spielt. Auf die Frage, ob Berufsmusiker noch Lampenfieber haben, lacht Benjamin Stiehl: „Ja!“, antwortet er, „das kommt durchaus vor – und die Musik profitiert davon.“

—

Der Orchestermusiker

Auf eine freie Stelle bei den Bremer Philharmonikern bewerben sich rund 100 Musiker. Etwa 20 davon werden zu einem Probespiel eingeladen. Um langfristig aufgenommen zu werden, braucht es neben musikalischem Rüstzeug auch Teamgeist, um sich in die Orchester-Klangfarbe einfügen zu können.



Einzelhandel drückt die Löhne

Immer mehr Unternehmen des Einzelhandels suchen Modelle zur Senkung der Personalkosten. Negativschlagzeilen hat zuletzt unter anderem die Supermarktkette Real gemacht

Text: Anne-Katrin Wehrmann – Foto: Kay Michalak

Susanne Meister ist Betriebsrätin mit Leib und Seele. Seit fast 25 Jahren engagiert sich die Kassiererin für die Rechte ihrer Kolleginnen und Kollegen, seit 2002 ist sie Betriebsratsvorsitzende des Real-Markts an der Duckwitzstraße. Wer etwas auf dem Herzen hat und Hilfe braucht, kann sich auch nachts bei ihr melden. „Dafür haben die Leute

ihren Betriebsrat ja“, sagt Meister. „Wenn wir uns nicht für sie einsetzen, wer soll es sonst machen?“ Momentan hat die 56-Jährige besonders viel zu tun. Voriges Frühjahr gab der Real-Mutterkonzern Metro bekannt, dass Real den Handelsverband Deutschland (HDE) verlassen und sich dem kleineren Arbeitgeberverband AHD anschließen werde – mit der Folge, dass

neu angestellte Mitarbeiter seither nicht mehr nach dem bis zu jenem Zeitpunkt gültigen Tarif bezahlt werden müssen. Für die „Neuen“ bedeutet das, dass sie bei höherer Wochenarbeitszeit zumeist einen geringeren Stundenlohn sowie ein stark reduziertes Urlaubs- und Weihnachtsgeld erhalten. „Viele müssen einen Zweitjob machen, weil sie mit dem Geld nicht auskommen“,

kritisiert Meister. „Das sorgt schon für eine gewisse Wut im Bauch. Und für Angst, dass sie die nächste Miete nicht bezahlen können.“

Bereits im Juni 2015 war Real innerhalb des HDE von einem Tag auf den anderen in die sogenannte OT-Mitgliedschaft (Mitgliedschaft ohne Tarifbindung) gewechselt: Damals gelang es der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi nach zähen Verhandlungen, mit der Supermarktkette einen „Zukunftstarifvertrag“ auszuhandeln. Darin verzichteten die Mitarbeiter für eine Übergangszeit auf Lohnerhöhungen, die ihnen laut Flächentarifvertrag des Einzelhandels zugestanden hätten, sowie auf einen Teil ihres Urlaubs- und Weihnachtsgeldes. Als Ziel wurde festgelegt, bis Ende März 2018 einen neuen Tarifvertrag auszuhandeln – andernfalls würde schrittweise der Flächentarif wieder zur Anwendung kommen. Da Real kurzfristig aus den Verhandlungen ausstieg, gilt für die Bestandsbelegschaft nun wieder der Flächentarif. Für neue Mitarbeiter sowie für solche mit auslaufenden Zeitverträgen und solche, die in andere Abteilungen wechseln möchten, allerdings nicht. „Der Wechsel in den anderen Arbeitgeberverband war wie eine Kriegserklärung“, macht Susanne Meister deutlich. In den Märkten entstehe seitdem eine Zweiklassengesellschaft von alten und neuen Kollegen: „Für die innerbetriebliche Stimmung ist das nicht gerade förderlich.“

Auf der Kippe zur Niedriglohnbranche

Dass Arbeitgeberverbände seit den 1990er-Jahren OT-Mitgliedschaften anbieten, ist einer der wesentlichen Gründe dafür, dass die allgemeine Tarifbindung in den alten Bundesländern zwischen 1998 und 2017 von 76 auf 57 Prozent gesunken ist. Im Einzelhandel ist die Entwicklung noch dramatischer: Dort lag die Tarifbindung laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2016 nur noch bei 41 Prozent. „Der Wettbewerbsdruck im Einzelhandel ist groß“, erläutert Marion Salot, Referentin für Wirtschaftspolitik bei der Arbeitnehmerkammer. „Um im Preiskampf zu bestehen, drehen viele Unternehmen an der Personalkosten-Schraube. Real hat eine besonders perfide Praxis zur Senkung der

Lohnkosten gefunden.“ Aber auch andere Supermarktketten wie Rewe und Edeka beteiligten sich über die Privatisierung von Märkten an der Tarifflicht.

„Das Fatale ist, dass die Löhne in nicht tarifgebundenen Betrieben bis zu 30 Prozent niedriger sind“, berichtet Salot. Davon seien überwiegend Frauen betroffen: So arbeite in Bremen jede zehnte sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frau im Einzelhandel. „Durch die Entwicklung zur Tarifflicht besteht die Gefahr, dass immer mehr dieser Arbeitsplätze prekär werden und nicht mehr die Existenz sichern – zumal häufig nur noch Teilzeitverträge angeboten werden.“ Der Einzelhandel stehe auf der Kippe, sich zur Niedriglohnbranche zu entwickeln, wodurch nicht zuletzt auch die Gefahr zur Altersarmut steige. Um das zu verhindern, sei die Politik aufgefordert,

„Um im Preiskampf zu bestehen, drehen viele Unternehmen an der Personalkosten-Schraube. Real hat eine besonders perfide Praxis zur Senkung der Lohnkosten gefunden.“

Marion Salot

durch eine Gesetzesänderung die sogenannte Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen zu erleichtern. Durch sie wird ein Tarifvertrag auch für die bis dahin nicht tarifgebundenen Unternehmen und ihre Mitarbeiter innerhalb der jeweiligen Branche und des räumlichen Geltungsbereichs verbindlich. „Darüber hinaus ist es wichtig, Betriebsräte zu gründen, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu erhöhen und allgemein für die Arbeitsbedingungen zu sensibilisieren“, betont Salot, „denn nur gemeinsam ist man stark.“

Streikrecht und Tarifautonomie mit Leben füllen

Das sieht Sandra Schmidt, Gewerkschaftssekretärin Einzelhandel bei Verdi in Bremen, ähnlich. Und auch mit Blick auf die Verantwortung der Politik stimmt sie zu: „Es müssen gesetzliche Lösungen her, dass solche Modelle wie bei Real nicht sein dürfen. Da nützt uns die ganze Tarifautonomie nichts, wenn so etwas möglich

ist.“ Die Verantwortlichen im Einzelhandel spielten mit den Ängsten und Nöten der Menschen, kritisiert Schmidt. „Es gibt immer noch viele, die für schlechtes Geld arbeiten – aus Verzweiflung, weil sie auf ihren Job angewiesen sind.“ Die Gewerkschaftssekretärin appelliert an alle Betroffenen, sich für ihre Rechte einzusetzen: „Das Streikrecht und die Tarifautonomie müssen mit Leben gefüllt werden, nur so lässt sich mehr Unabhängigkeit für die Beschäftigten erreichen.“ Die nächste Gelegenheit zum Arbeitskampf bietet sich ab Anfang Mai, wenn der aktuelle Flächentarif im Einzelhandel ausläuft und die Tarifparteien nicht mehr an die Friedenspflicht gebunden sind. Schmidt rechnet für die nächste Verhandlungsrunde mit zähen Gesprächen. „Es würde mich nicht wundern, wenn dabei das Real-Modell allgegenwärtig wäre.“

Unterdessen kämpft Betriebsratsvorsitzende Susanne Meister an einer anderen Front. Von den aktuell 142 Beschäftigten des Real-Markts an der Duckwitzstraße sind derzeit 22 mit den neuen schlechteren Arbeitsverträgen ausgestattet: Für sie hat sie beim Arbeitsgericht ein Verfahren gestartet, um nach dem Betriebsverfassungsgesetz eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Eingruppierungen in diesen Verträgen herbeizuführen. „Das Verfahren wird sich wahrscheinlich ewig hinziehen“, fürchtet Meister. „Aber wenn man nicht anfängt, kann man auch zu keinem Ergebnis kommen.“



Beratung für Betriebs- und Personalräte

Betriebliche Interessenvertretungen können sich in der Arbeitnehmerkammer beraten lassen. Weitere Infos auf der Rückseite dieses Magazins.

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/mitbestimmung

Eine Frage der Generation

Millenials, Generation What, Me oder Y: Für die Generation, die in den 1980er- und 1990er-Jahren geboren wurden, gibt es viele Bezeichnungen. Doch was macht diese Jahrgänge aus – gerade mit Blick auf die Arbeitswelt?

Text: Melanie Öhlenbach

Fotos: Kay Michalak

Sie sind mit digitalen Medien aufgewachsen, gelten als selbstbewusst und mehrheitlich gut ausgebildet. In ihrem Beruf wollen sie aber nicht nur Geld verdienen und Karriere

„Junge Menschen wollen sich nicht mehr über einen langen Zeitraum festlegen, sondern flexibel und punktuell engagieren – so wie es zu ihrem Eigeninteresse und ihrem aktuellen Lebensstil passt.“

Andreas Klee

machen. Sie wollen eine Arbeit haben, die ihnen Spaß macht und ihnen Freiraum bietet. Für ihre Freizeit. Für Familie. Und nicht zuletzt sich selbst.

So in etwa charakterisiert die Forschung vielfach die Generation Y – Menschen, die heute zwischen 20 und Mitte/Ende 30 sind. Für Professor Andreas Klee vom Zentrum für Arbeit und Politik der Universität Bremen (zap) greift dieses Bild jedoch zu kurz: „Ein Teil dieser Generation ist ungemein zielorientiert: Sie hat ganz klar vor Augen, was

sie erreichen will. Andererseits gibt es aber auch viele, die Gefahr laufen, abgehängt zu werden.“ Einen Grund hierfür sieht der zap-Direktor in der fortschreitenden Spaltung der Gesellschaft. „Sind die Startbedingungen ungleich schlechter, ist der Abstand oft nicht mehr aufzuholen.“

Die Generation Y habe daher einen großen Leistungsdruck, sagt Klee. „Junge Menschen haben heute oft das Gefühl, etwas zu verpassen und die Sorge, den Anschluss zu verlieren. Selbstverwirklichung ist für sie gleich Selbstoptimierung: Es gilt, den Lebensstandard der Eltern-Generation zu verbessern oder zumindest zu halten.“

Diese Einstellung habe auch Folgen für das Zusammenleben und -arbeiten, für gesellschaftliche Strukturen wie Vereine, Parteien und den Sozialstaat an sich, meint Klee: „Das langfristige Gemeinschaftsgefühl verliert durch die zunehmende Neoliberalisierung und Individualisierung an Bedeutung“, so der zap-Direktor. „Junge Menschen wollen sich nicht mehr über einen langen Zeitraum festlegen, sondern flexibel und punktuell engagieren – so wie es zu ihrem Eigeninteresse und ihrem aktuellen Lebensstil passt.“

Wie die junge Generation tickt, zeigt unter anderem „Generation What“ – eine europaweite Onlineumfrage, an der sich nach eigenen Angaben mehr als eine Million Menschen zwischen 18 und 34 Jahren aus ganz Europa beteiligten. Die Initiatoren – unter anderem der Bayerische Rundfunk, das ZDF und der Südwestrundfunk (SWR) – wollten wissen, was diese Generation über Arbeit und Bildung, aber auch über die Gesellschaft, Europa, die Familie und Sex denkt. Wie es um ihr Vertrauen in die Institutionen bestellt ist. Und wie ihr Blick in die Zukunft ist.



**Fokko Mehrens, 25,
Masterabsolvent Maschinenbau**

Seinen Uni-Abschluss hat er im Dezember gemacht. Jetzt geht Fokko Mehrens auf Jobsuche. Und das recht optimistisch. Denn mit seinem Master in Maschinenbau hat er derzeit gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Überall werden Arbeitskräfte mit seinen Kenntnissen gesucht, potenzielle Arbeitsfelder erstrecken sich von Luftfahrt und Windkraft bis hin zu Förderanlagen und Landmaschinen.

Der 25-Jährige hat die Qual der Wahl. Denn in welcher Branche sein Arbeitsleben beginnt, ist für ihn grundsätzlich erst einmal zweitrangig. „Ob Förderband oder Windkraftanlage: Die Methoden, solche Konstruktionen zu entwickeln, sind gleich“, sagt er. Und genau das methodische Arbeiten ist es, worin Fokko Mehrens seine Stärke sieht: „Ich bin ein logischer Denker“, sagt er, „ein Problemlöser. Ich will die bestmögliche Lösung für eine Aufgabe finden.“

Sechs Jahre lang hat sich der gebürtige Oldenburger fast ausschließlich seinem Studium gewidmet. Nun freut er sich auf das Arbeitsleben. Denn neben einer angemessenen Bezahlung, Weiterbildungsmöglichkeiten und einem Team, in dem er produktiv arbeiten kann, wünscht er sich auch ein gewisses Maß an Work-Life-Balance – zumindest langfristig. „Ich habe kein Problem damit, mich jetzt erst einmal reinzuhängen und viel zu arbeiten. Aber Zeit für Hobbys und Familie, die sollte auch sein.“ Sein großer Wunsch: Wieder mit dem Handball anfangen – sei es als Spieler oder als Trainer. Den Sport hatte er zugunsten der Uni weitestgehend aufgegeben. „Und auch mal wieder richtig Urlaub machen – das wäre super.“

Grundsätzlich blickt Fokko Mehrens zuversichtlich in die Zukunft – auch dank seiner Berufswahl. „Ich möchte mir jetzt einen Arbeitgeber aussuchen, der mich am besten voranbringt.“ Allein um das Thema Rente macht sich der 25-Jährige ein wenig Sorgen. „Während des Studiums hatte ich kein Geld, das ich zur Seite legen konnte. Aber ich weiß, dass es nun so langsam an der Zeit wäre, für das Alter vorzusorgen.“

**Franziska Quillfeldt, 25,
gelernte Industriekauffrau, Personalsachbearbeiterin**
Schule, Ausbildung, Studium neben dem Vollzeitjob: Franziska Quillfeldt weiß, was sie will. Derzeit arbeitet die 25-Jährige in der Personalabteilung der Bremer Straßenbahn AG. Dort kümmert sie sich darum, dass Abrechnungen stimmen, Arbeitszeiten korrekt erfasst, Zulagen und Zuschüsse ausgezahlt werden. Eine Arbeit, die der Bremerin Spaß macht – auch weil sie dadurch viel Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen hat. „Ich hätte keine Lust, meine Zeit einfach nur so abzusetzen. Ich will jeden Tag auch einmal im Büro gelacht haben.“

Trotz Freude an der Arbeit, ein gewisser Lebensstandard ist ihr wichtig – ein eigenes Auto und eine eigene Wohnung beispielsweise. „Ich möchte mir auch etwas leisten können“, sagt sie und betont: „Das Verhältnis von Arbeit, Qualifikation und Entgelt muss stimmen.“ Im Moment ist sie mit ihrer Arbeit komplett zufrieden. Und was die Zukunft bringt? „Das wird sich zeigen“, sagt Franziska Quillfeldt. Eins steht dabei aber für sie fest: „Auf Kosten meines Privatlebens möchte ich nicht Karriere machen.“

Dass sie trotzdem für Mai den Bachelor in Business Administration anstrebt, hat einen anderen Grund. „Ich wollte nach meiner Ausbildung im Unternehmen bleiben und die Wartezeit auf eine Stelle sinnvoll überbrücken“, erklärt die gelernte Industriekauffrau, die auch ein Fahrpatent hat. Mit Straßenbahnfahrten finanzierte sie sich das Studium, bevor sie 2017 in die Verwaltung wechselte.

Dass ihr durch die Doppelbelastung gerade nicht viel Zeit für Sport und Freunde bleibt, bedauert sie. „Work-Life-Balance ist mir eigentlich sehr wichtig. Im Moment liegt mein Fokus aber voll auf der Bachelorarbeit.“ Die schreibt Franziska Quillfeldt über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Keine hohe Priorität hat hingegen im Moment die Altersvorsorge. „Ich weiß aber, dass ich mich darum kümmern sollte. Man kann sich nicht allein auf den Staat verlassen, dass die Rente am Ende des Arbeitslebens reicht.“



Online finden Sie weitere Porträts:
➔ www.arbeitnehmerkammer.de/bam

Alles, was Recht ist

RECHTSIRRTUM

**„Ich darf als Minijobber nicht mehr als 450 Euro im Monat verdienen.“
Das stimmt so nicht.**

Minijobber dürfen zwar regelmäßig nur bis zu 450 Euro im Monat verdienen. Steuerfreie zusätzliche Einnahmen wie etwa Sonntags- und Nachtzuschläge zählen jedoch nicht dazu.

Unterschiedlich hohe monatliche Verdienste, die für betriebliche Arbeitsabläufe typisch sind – wie etwa Mehrarbeit wegen Urlaubsvertretung –, sind erlaubt, solange die jährliche Verdienstgrenze von 5.400 Euro eingehalten wird. In diesem Fall darf der Verdienst also auch in einzelnen Monaten mehr als 450 Euro betragen.

Die Verdienstgrenze von 5.400 Euro pro Jahr darf allerdings überschritten werden, wenn maximal dreimal in einem Zwölf-Monats-Zeitraum mehr als 450 Euro verdient wird und diese Überschreitung nicht vorhersehbar war – etwa bei Mehrarbeit wegen Krankheitsvertretung.

Auch bei kurzfristigen Minijobs gilt keine Verdienstgrenze. Ein kurzfristiger Minijob liegt vor, wenn die Beschäftigung nicht berufsmäßig ausgeübt wird und innerhalb eines Kalenderjahres auf maximal drei Monate oder 70 Arbeitstage nach ihrer Eigenart üblicherweise (zum Beispiel bei Saisonarbeit) oder im Voraus vertraglich begrenzt ist.

Übrigens: Der Minijob ist grundsätzlich sozialversicherungsfrei. Minijobber haben prinzipiell die gleichen Rechte wie alle anderen Beschäftigten auch. Das gilt insbesondere hinsichtlich Urlaub, Lohnfortzahlung an Feiertagen oder im Krankheitsfall sowie beim Kündigungsschutz.

*Text: Hanna Mollenhauer
Juristische Beratung: Ingo Kleinhenz*

STEUERTIPP

Steuerfreies Jobticket

Seit Anfang des Jahres sind Zuschüsse des Arbeitgebers für Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln von der Wohnung und zur Arbeit (Jobticket) steuerfrei – vorausgesetzt, dass diese zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gezahlt werden. Die Steuerbegünstigung gilt auch für private Fahrten im öffentlichen Nahverkehr und kann auch in der Freizeit genutzt werden. Die steuerfreien Leistungen reduzieren den in der Einkommensteuererklärung als Entfernungspauschale abziehbaren Betrag. So soll der Vorteil gegenüber den Arbeitnehmern verhindert werden, die die Aufwendungen aus ihren zu versteuertem Einkommen selber bezahlen.

Beatrice Linke, Beraterin Steuerrecht in Bremen

RECHTSTIPP

Arztbesuche während der Arbeitszeit

Ein Arztbesuch während der Arbeitszeit muss medizinisch notwendig sein. Wenn der Arzt keinen Termin außerhalb der Arbeitszeit vergibt, der oder die Beschäftigte akut erkrankt ist oder eine Untersuchung nur zu bestimmten Zeiten angeboten wird, ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Arztbesuch als Arbeitszeit zu bezahlen.*

Grundsätzlich sind Arztbesuche Privatsache. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind verpflichtet, Arztbesuche in die Freizeit zu legen. Zumindest müssen sie versuchen, ein Arbeitsversäumnis zu vermeiden und um einen Behandlungstermin außerhalb der Arbeitszeit bitten. Tarifverträge können allerdings andere Regelungen enthalten.

*Landesarbeitsgericht Niedersachsen vom 08.02.2018 – 7 Sa 256/17. Nachgehend Bundesarbeitsgericht vom 05.06.2018 – 5 AZR 216/18 (Erledigung durch Rücknahme)

Martina Werlich, Rechtsberaterin in Bremen-Nord



Kammermitglieder können sich in Fragen des Arbeitsrechts kostenlos beraten lassen. Weitere Infos auf der Rückseite dieses Magazins.

IMPRESSUM

BAM – Bremer Arbeitnehmerkammer Magazin

Fotos
Kay Michalak

Herausgeberin
Arbeitnehmerkammer Bremen
Bürgerstraße 1, 28195 Bremen
Telefon 0421.3 63 01-0
Telefax 0421.3 63 01-89
www.arbeitnehmerkammer.de
E-Mail:
bam@arbeitnehmerkammer.de

Layout
GfG/Gruppe für Gestaltung,
Bremen

Konzeptionelle Beratung
textpr+, Bremen

Druck
Müller Ditzgen AG, Bremerhaven

Autoren und Autorinnen
Frauke Janßen, Beatrice Linke,
Hanna Mollenhauer, Melanie
Öhlenbach, Anne-Katrin Wehrmann,
Martina Werlich

Erscheint alle zwei Monate.
Einzelverkaufspreis 2,50 Euro,
Jahresabonnement 14 Euro,
für Kammerzugehörige im
Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktion
Nathalie Sander (V.i.S.d.P.),
Hanna Mollenhauer

ISSN 1614-5747
Postvertriebs-Nummer H 43672

Lektorat
Martina Kedenburg

Drei Fragen

— Steuererklärung selbst gemacht

Was brauche ich, um die Steuererklärung selbst zu machen?

Sie müssen sich das Elster-Formular (www.elster.de) herunterladen, die Steuererklärung ausfüllen und online verschicken. Zusätzlich müssen Sie dem Finanzamt ein unterschriebenes Exemplar zukommen lassen. Wenn Sie Ihre Erklärung ausschließlich online machen wollen, geht das nur mit vorheriger Anmeldung und Sicherheitszertifikat.

Wie geht das mit dem Ausfüllen praktisch?

In unserer Veranstaltung zeigen wir, wie das Programm funktioniert, wie Sie Hilfstexte nutzen, welche Formulare wichtig sind und welche Zeilen auszufüllen sind. Zum Beispiel ist es wichtig, als Erstes die persönlichen Grunddaten einzugeben, um dann die richtigen Formulare angezeigt zu bekommen – etwa als verheiratetes Paar.

Und woher weiß ich, was ich wo eintragen muss?

Anhand eines Beispielfalls führen wir in der Veranstaltung vor, wie eine Steuererklärung mit Elster-Formular

ausgefüllt wird. Fragen sind natürlich möglich. Bei individuellen Einzelfragen können Sie die Steuerrechtsberatung der Arbeitnehmerkammer nutzen – auch telefonisch.

Marion Jürgens

arbeitet seit 2016 in der Geschäftsstelle in Bremerhaven. Sie berät die Mitglieder in allen Fragen des Steuerrechts.



Foto: Stefan Schmidbauer



Infoveranstaltungen

Ran an den PC – Steuererklärung selbst gemacht!

► Di., 26. März, 17 – 18.30 Uhr

Barkhausenstraße 16, Bremerhaven, ☎ 0471.9 22 35-0

► Di., 25. Juni, 18 – 19.30 Uhr

Lindenstraße 8, Bremen-Nord, ☎ 0421.6 69 50-0

► Di., 19. November, 18 – 19.30 Uhr

Bürgerstraße 1, Bremen, ☎ 0421.3 63 01-28 oder -29

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Bitte melden Sie sich an. Infos zu unserer Steuerrechtsberatung finden Sie auf der Rückseite dieses Magazins.

Weitere Veranstaltungen aus der Reihe „Ihr Recht – einfach erklärt“ unter ➔ www.arbeitnehmerkammer.de/rechteinfach

CARTOON



von
Mario Lars

BERATUNGSANGEBOTE & ÖFFNUNGSZEITEN

Wir sind für Sie da!

Rechtsberatung

Bremen-Stadt

Bürgerstraße 1
28195 Bremen
☎ 0421.3 63 01-0

➔ **Arbeits- und Sozialversicherungsrechtsberatung / Öffentliche Rechtsberatung***

Persönliche Beratung (ohne Termine)

Mo, Di, Do, Fr 9–12 Uhr
Mo und Mi 14–18 Uhr

Telefonische Beratung Arbeits- und Sozialversicherungsrecht

☎ 0421.3 63 01-11

Mo–Do 9–16 Uhr
Fr 9–12.30 Uhr

➔ **Steuerrechtsberatung**

Terminvereinbarung

☎ 0421.3 63 01-59

Telefonische Beratung

☎ 0421.3 63 01-40

Mo–Fr 11–13 Uhr

➔ **Arbeitslosenrechtsberatung**

Persönliche Beratung (ohne Termine)

Mo, Di, Do 9–12 Uhr
Mo 14–18 Uhr

Weitere Informationen

☎ 0421.3 63 01-23

Bremen-Nord

Lindenstraße 8
28755 Bremen
☎ 0421.6 69 50-0

➔ **Arbeits- und Sozialversicherungsrechtsberatung / Öffentliche Rechtsberatung***

Persönliche Beratung (ohne Termine)

Mo, Di, Do, Fr 9–12 Uhr
Mo und Do 14–18 Uhr

Telefonische Beratung Arbeits- und Sozialversicherungsrecht

☎ 0421.3 63 01-11

Mo–Do 9–16 Uhr
Fr 9–12.30 Uhr

➔ **Steuerrechtsberatung**

Terminvereinbarung

☎ 0421.6 69 50-0

Telefonische Beratung

☎ 0421.3 63 01-40

Mo–Fr 11–13 Uhr

Bremerhaven

Barkhausenstraße 16
27568 Bremerhaven
☎ 0471.9 22 35-0

➔ **Arbeits- und Sozialversicherungsrechtsberatung / Öffentliche Rechtsberatung***

Persönliche Beratung (ohne Termine)

Mo, Di, Do, Fr 9–12 Uhr
Mo und Mi 14–18 Uhr

Telefonische Beratung Arbeits- und Sozialversicherungsrecht

☎ 0471.9 22 35-11

Mo–Do 9–16 Uhr
Fr 9–12.30 Uhr

➔ **Steuerrechtsberatung**

Terminvereinbarung

☎ 0471.9 22 35-59

Telefonische Beratung

☎ 0471.9 22 35-10

Mo–Fr 11–13 Uhr

* Wenn Sie im Land Bremen wohnen und Ihr Einkommen eine bestimmte Grenze nicht übersteigt, können Sie die öffentliche Rechtsberatung des Landes Bremen in der Arbeitnehmerkammer gegen zehn Euro Gebühr in Anspruch nehmen (z.B. zum Familienrecht, Kaufvertragsrecht, Mietrecht, Verbraucherinsolvenz). Auch Kammermitglieder informieren wir in diesen Rechtsgebieten gegen zehn Euro Gebühr.

BAM im Abo



Wollen Sie das BAM kostenlos nach Hause geschickt bekommen und weitere Vorteile genießen? Holen Sie sich die KammerCard!
➔ www.arbeitnehmerkammer.de/kammercard

➔ **Beratung für Betriebs- und Personalräte**

Bremen ☎ 0421.3 63 01-962 Bremerhaven ☎ 0471.9 22 35-24 oder -31

@ mitbestimmung@arbeitnehmerkammer.de

Hotline für juristische Fragen ☎ 0421.3 63 01-960, Mo–Fr 9–12 Uhr

➔ **Beratung zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse**

☎ 0421.3 63 01-954 @ anerkennung@wah.bremen.de

➔ **Beratung zu Berufskrankheiten**

☎ 0421.6 69 50-36 @ bk-beratung@arbeitnehmerkammer.de

➔ **Weiterbildungsberatung**

☎ 0421.3 63 01-432 @ grapenthin@arbeitnehmerkammer.de

➔ **Beratung bei der Verbraucherzentrale**

Mitglieder der Arbeitnehmerkammer zahlen für Beratungen etwa zur privaten Altersvorsorge, zu Riester-Verträgen oder zur Berufsunfähigkeitsversicherung nur die Hälfte für eine Beratung. Zusätzlich gibt es fast 30 Ratgeber zum halben Preis.

Bremen ☎ 0421.16 07 77 Bremerhaven ☎ 0471.2 61 94
www.verbraucherzentrale-bremen.de

wisoak

Beruflich weiter durch Bildung

Die Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer bietet Fort- und Weiterbildungen für Beschäftigte.

➔ www.wisoak.de